

LdB 11.11.8

Einsatz für Radio Energy mit Nebengeräuschen

Nach dem umstrittenen Radiokonzessionsentscheid des Bundes ist die Zürcher Politik plötzlich aufgewacht: Der Kantonsrat verlangt nun eine vierte UKW-Frequenz für die Grossregion Zürich.

ZÜRICH – Von den fünf Radiostationen, die sich um eine UKW-Frequenz für die Grossregion Zürich bemühen, müssen zwei über die Klinge springen. Dies war an sich schon seit vielen Mo-



«Ein Nein bedeutet den Tod für eine allfällige vierte Frequenz»

Nicolas Galladé (SP)

naten klar. Doch jetzt, nach dem tatsächlichen Entscheid von Medienminister Moritz Leuenberger für Radio 24, Radio ZÜRSEE sowie Radio 1 und gegen «Radio 105 ZÜR» und vor allem gegen Ringiers Radio Energy, regt sich politischer Widerstand. Die SP fordert den Regierungsrat in einem Postulat auf, sich in Bern für eine vierte Radiofrequenz starkzumachen. Die Region Zürich besitze die wirtschaftliche Potenz für vier Radiosender, begründet die SP ihren Vorstoss und argumentiert mit Medienvielfalt, Hörscharen und Arbeitsplätzen. Gestern ging es im Kantonsparlament formal nur um die

Dringlichkeit des Vorstosses, welche die Regierung zu einer Stellungnahme innert vier Wochen zwingt. Dennoch wurden zahlreiche politische Rechnungen beglichen.

Nicolas Galladé (SP, Winterthur) erklärte, die Zürcher Ebene sei die richtige für den Vorstoss, da es in Bern kein Instrument gebe, das eine so schnelle Reaktion provozieren könne. Und er beschwor seine Ratskolleginnen und -kollegen, dass ein Nein zur Dringlichkeit den Tod für eine allfällige vierte Frequenz bedeute. Was technisch möglich sei und welcher Sender – ein staatlicher? – allenfalls Platz machen müsste im Äther, sei Gegenstand der inhaltlichen Diskussion nach Beantwortung des Postulats.

Nur die FDP machte nicht mit Claudio Zanetti (SVP, Zollikon) bezichtigte die SP, die «Fehlleistung» des eigenen Bundesrats kaschieren zu wollen. Dem «Interventionisten» Leuenberger eine derartige Streichmöglichkeit zu geben, sei wie einen Pyromanen mit Streichhölzern zu versorgen, sagte er und kündigte das Ja seiner Fraktion an. Peter Reinhard (EVP, Kloten) nannte den SP-Vorstoss «populistisch», befand ihn jedoch für dringlich. Derselbe Vorwurf kam von der FDP. Thomas Vogel (Illnau-Effretikon) sprach von «billigem Punkten» und kritisierte, bei der Formulierung des Radio- und TV-Gesetzes habe die SP nicht genug Staat haben können. Und jetzt weine sie Krokodilstränen, wenn die vielen SRG-Sender den Privaten den Platz wegnähmen. Das Postulat werde nichts bringen, da der Re-

gierungsrat im Gegensatz zum Bund der falsche Adressat sei. Rolf Walther (FDP, Zürich) beteuerte, dass sich seine Partei stets für die privaten Radios eingesetzt habe. Dringlich seien jetzt aber nur die rechtlichen Schritte gegen Leuenbergers Entscheid.

Thomas Maier (GLP, Dübendorf) kritisierte die «ungleich langen Spiesse für staatliche und private Sender». Er sei bereit, auf staatliche Stationen zu verzichten. Esther Guyer (Grüne, Zürich) frotzelte, die SP hätte besser vor dem Entscheid mit ihrem Parteigenossen Leuenberger geredet. Sie wolle im Namen der Meinungsvielfalt aber möglichst viele – staatliche und private – Radiostationen und damit auch eine vierte Frequenz. Von der CVP kam ebenfalls kein gutes Wort an die Adresse der SP. Philipp Kutter (Wädenswil)



«Jetzt, wo die staatlichen die privaten Sender vertreiben, weint die SP»

Thomas Vogel (FDP)

wolle nicht, dass der Regierungsrat vermehrt zum «Pöstler» für alle möglichen kantonalen Anliegen verkomme. Es reisse langsam ein, wofür sich die Regierung alles einsetzen müsse.

Dennoch sagte seine Fraktion Ja zur Dringlichkeit – wie alle ausser den freisinnigen. Die nötige Marke von 60 Stimmen wurde mit 114 Stimmen klar übertroffen.

PASCAL UNTERNÄHRER